

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 101. Ministerrat

5. Juni 2024

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Mai d.J., mit dem ein Beschluss vom 14. Mai 2024 betreffend „Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit im österreichischen Bildungssystem“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Mai d.J., mit dem ein Beschluss vom 14. Mai 2024 betreffend „Nationaler Aktionsplan für die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Mai d.J., mit dem ein Beschluss vom 14. Mai 2024 betreffend „Säumigkeit der Bundesregierung beim Klimaschutz“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 27. Mai 2024, mit dem ein Beschluss vom 24. Mai 2024 betreffend „Ehrenamt“ vorgelegt wird.
5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 27. Mai 2024, mit dem ein Beschluss vom 24. Mai 2024 betreffend „Atomhaftung – Risiken von Laufzeitverlängerungen, AKW Neubau und SMRs“ vorgelegt wird.
6. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 27. Mai 2024, mit dem ein Beschluss vom 24. Mai 2024 betreffend „Ausbau der Kernkraft in Tschechien“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 27. Mai 2024, mit dem ein Beschluss vom 24. Mai 2024 betreffend „Atomkraftausbau als Klimaschutzmaßnahme – Nein danke!“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Ersten Präsidenten des Wiener Landtages vom 23. Mai 2024, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2024 betreffend „EU-Renaturierungs-Verordnung“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 23. Mai 2024, mit dem ein Beschluss vom 22. Mai 2024 betreffend „Cybercrime Enquete – Forderungskatalog an die Bundesregierung zum gemeinsamen Kampf gegen Internetkriminalität“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Bürgermeisters von Linz vom 27. Mai 2024, mit dem eine Resolution vom 23. Mai 2024 betreffend „Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder ermöglichen“ vorgelegt wird.

11. E 372-NR/XXVII.GP vom 16. Mai 2024 betreffend „Weiterentwicklung der Einkommenserhebung der öffentlichen Wirtschaft des Bundes durch den Rechnungshof“ (Wortlaut siehe Beilage).

# EntschlieÙung

## des Nationalrates vom 16. Mai 2024

### betreffend Weiterentwicklung der Einkommenserhebung der öffentlichen Wirtschaft des Bundes durch den Rechnungshof

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für EU und Verfassung, wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der vorsieht, dass der Rechnungshof für die Einkommenserhebung nach § 14a RHG, wie beim Allgemeinen Einkommensbericht, auf die Daten von Statistik Österreich zurückgreifen kann.